

## **Terms and Conditions**

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

### Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

### Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

Für die D. S. L. war es eine üble Überraschung, daß am 28. Januar 1918 in Berlin tatsächlich ein großer Streik von etwa 500 000 Arbeitern ausbrach. Die Regierung zeigte Energie; sie verhängte den verschärften Belagerungszustand, so daß der Streik nach etwa acht Tagen zusammenbrach. In der Arbeiterschaft aber zitterte nach den Darlegungen des Generals v. Wisberg (*Der Weg zur Revolution 1914—1918*, Leipzig 1921, S. 102) eine starke Erregung nach, die sich in unvermindertem Mißtrauen gegen die Absichten der Reichsleitung in der äußeren Politik und gegen die Festigkeit der preußischen Regierung in der Wahlrechtsfrage äußerte.

Die große Gefahr des Streiks lag darin, daß eine Anzahl von Truppen und von Ersatzmannschaften im Inlande festgehalten wurde, deren die D. S. L. an der Front dringend bedurfte. Außerdem konnte die gesamte Rüstungsindustrie unter Umständen in Mitleidenschaft gezogen werden. Besorgt schrieb Hindenburg am 17. Februar 1918 an den Reichskanzler, er sei fest überzeugt, daß es nur durch Stärke und Festigkeit der Regierung gelingen könne, auf die Dauer größere Streiks zu verhindern. Er halte es für wichtig, sich in voller Öffentlichkeit dazu zu bekennen, daß Streik während des Krieges Landesverrat sei. Es sei vielleicht möglich, die Gewerkschaftsführer und die sozialdemokratischen Abgeordneten zu einer klaren Antwort aufzufordern, ob sie den Streik während des Krieges unbedingt verurteilten oder nicht. Sie müßten Farbe bekennen. Lehnten sie die grundsätzliche Verurteilung des Streiks ab, so seien sie als Landesverräter anzusehen, und die Festnagelung dieser Tatsache in Presse und Parlament würde voraussichtlich nicht nur ihre Anhängerschaft erheblich verringern, sondern auch die große Mehrheit des Volkes endlich über die staatszersehenden Ideen der radikalen Sozialdemokratie aufklären. Vielleicht gelinge es auch, die wirtschaftsfriedlichen Arbeiterorganisationen zusammenzufassen und ihnen die gleiche staatliche Anerkennung zu geben wie den freien Gewerkschaften. Von größter Bedeutung aber sei es, die arbeitswilligen Arbeiter bei Streiks vor dem Terrorismus der Streikenden zu schützen. In diesem Sinne wendete sich General Ludendorff tags darauf an den Kriegsminister v. Stein in Berlin und betonte die Notwendigkeit, unter Umständen gegen den Terrorismus mit schärfster Gewalt vorzugehen. Wenn auch die Hoffnung bestehe, daß man in Zukunft ohne Waffengewalt werde auskommen können, so sei es doch nötig, sich für diese Fälle vorzubereiten, und dieser Grund sei auch für ihn bestimmend gewesen, die gewünschten Truppen in Deutschland zu belassen oder bereitzustellen.

Am 13. Februar 1918 fand zu Homburg in Gegenwart des Kaisers eine große Aussprache statt, bei der durch Vizekanzler